

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

91 (19.4.1913) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Aufgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
 menspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
 85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.
 Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr.
 Postfachkonto Nr. 2650.
 Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.
 Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 A. Lokalzerate
 billiger. Schluß d. Inzeratenaufnahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inzerate
 am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Der Kampf um die Steuerquellen.

Der Militarismus frisst alles — ganz Deutschland befindet sich in einem Zustande der Panik gegenüber seiner wachsenden Gefährlichkeit.

Die Arbeiterfrauen stellen sich schützend vor die Tür ihres Speisezimmers: sie fürchten neue indirekte Steuern, die zwar in den Dedungsentwürfen der Regierung nicht vorgesehen sind, auf die man aber später gewiß wieder zurückkommen wird, wenn sich herausstellt, daß die beschlossenen Besitzsteuern nicht reichen.

Die Agrarier schließen sich zur dichten Phalanx zusammen, um die ihnen so verhasste „Vesteuerung des Kindeserbes“ abzuwehren und das Privileg der Einkünfte ihres Vermögens nach dem Ertragswert statt nach dem Verkaufswert aufrecht zu erhalten.

Das mobile Kapital folgt den Lockungen ausländischer Banken, die ihnen ein sicheres Versteck verheißen, in dem sie der deutsche Steuereinnahmer bestimmt nicht finden wird.

Und am letzten Mittwoch haben sich die echten Preußen unter Führung ihres Finanzministers im Dreiklassenhause zusammengetan unter dem Rufe: Nur keine Reichsvermögenssteuer! Das Vermögen und das Einkommen müssen ausschließliche Steuerquellen der Staaten verbleiben!

Was wird mit den Kulturaufgaben, so jammert der preussische Finanzminister, und so werden alle anderen einzelstaatlichen Finanzminister jammern, wenn auch das Vermögen und das Einkommen mit zu den ungeheuren Ausgaben herangezogen wird, die der Militarismus dem Reiche auferlegt?

Ja, was aus den Kulturaufgaben werden soll, das möchten wir auch wissen. Wo waren aber die einzelstaatlichen Regierungen, als es galt, die Kulturaufgaben vor der neuen Bedrohung des Militarismus zu schützen? Sie haben ja die neue Militärvorlage beschlossen, und sie sind für ihre finanziellen Folgen verantwortlich!

Ganz falsch aber ist es, die Dinge so darzustellen, als ob die Sorge um die Kulturaufgaben den Einzelstaaten allein obläge. Von den beiden wichtigsten Kulturaufgaben, die nicht unmittelbar rentieren, also in finanzwissenschaftlichem Sinne Zuschußwirtschaften sind, gehört nur das Unterrichtswesen den Einzelstaaten, die Sozialpolitik aber dem Reiche. Das starke Schema: Hier Militarismus, Reich, indirekte Steuern, dort Kulturaufgaben, Einzelstaaten, direkte Steuern! läßt sich schon aus diesem Grunde nicht aufrechterhalten.

Es liegt in der Natur der Sache, daß dieses Schema von der Entwicklung über den Haufen geworfen wird, wie das ja jetzt durch die neuen Dedungsvorlagen der Regierung tatsächlich schon geschieht, und wie es durch die Beschlüsse des Reichstags wahrscheinlich in noch höherem Maße geschehen wird.

Die Einzelstaaten sind nur einmal Glieder des Reichs, und die Objekte, die sie besteuern, sind immer dieselben, nämlich das Einkommen und das Vermögen der im Reiche lebenden Personen. Auch die indirekten Steuern, die Konsum- und Verkehrsabgaben sind im letzten Grunde Lasten, die auf das Einkommen gelegt werden: nur durch die Form, in der dies geschieht, entwickeln sie die angenehme Eigenschaft, die Einkommen progressiv nach unten zu treffen. Die Kleinen am schwersten, die Großen am leichtesten. Bleibt man bei dem starren Schema, die indirekten Steuern dem Reiche, die direkten den Bundesstaaten, so muß man die ungerechten indirekten Steuern auf das Einkommen bei den wachsenden Ansprüchen des Militarismus bis ins Ungeheuerliche steigern, während in den Einzelstaaten die Ausgaben für Kulturzwecke niedrig genug gehalten werden, um die besitzenden Klassen durch die gerechten direkten Einkommen- und Vermögenssteuern nicht allzu empfindlich zu belasten.

Was dem Reich und den Einzelstaaten an Stelle des unhaltbaren Dualismus notwendig ist, das ist eine wachsende Vereinheitlichung ihres Finanzsystems nach den Grundsätzen sozialer Steuergerechtigkeit. Nicht in der Verschiedenheit der Einnahmequellen, sondern in den Unterschieden der Aufgaben und Ausgaben liegt die Gewähr für die Aufrechterhaltung der einzelstaatlichen Selbstständigkeit.

Es ist interessant, den Reichskanzler ganz verächtlich von einer „Kommunalisierung“ der Einzelstaaten reden zu hören, die ihnen daraus drohen soll, daß sie auf dieselben Einnahmequellen verwiesen werden sollen wie das Reich. Da hat der deutsche Reichskanzler ein Geheimnis des preussischen Ministerpräsidenten verraten. Der preussische Ministerpräsident pflegt ja in löblichen Festreden von der „blühenden Selbstverwaltung“ der preussischen Kommunen zu reden, die allerdings mühsam wert ist aber leider nicht existiert. Der deutsche Reichskanzler stellt den Einzelstaaten das Herabstufen auf dieses Niveau der „blühenden Selbstverwaltung“ als das Schrecklichste dar: was ihnen passieren könnte!

Die Blüte der kommunalen Selbstverwaltung wird aber nur durch die Politik der preussischen Regierung gefördert, nicht durch das bestehende Steuersystem, das sie auf dieselben Steuerquellen verweist, als das Reich. Auch die Selbstverwaltung der Einzelstaaten könnte blühen — ganz anders als bisher — wenn die Einzelstaaten, nach dem Willen ihres Volkes geleitet, ihre Kulturaufgaben gegen das gefährliche Angeheuer des Militarisismus energisch zu schützen verständen. Das Zurückgreifen des Reichs auf die großen Einkommen und Vermögen würde ihnen dabei nicht im mindesten hinderlich sein, wenn sie nach dem Grundsatze handeln wollten: Nur greift nur zu und seid nicht blöde!

Der Kern des Übels liegt in der garten Rücksichtnahme auf die Steuerfähigkeit der Besitzenden, während man sich den Besitzlosen gegenüber der schönsten Rücksichtslosigkeit befleißigt. Der preussische Finanzminister Lenke sagt, es gebe auch eine Grenze der Steuerfähigkeit nach oben, und will damit sagen, auch die großen Steuerzahler dürften nicht allzu hart mitgenommen werden. Von einer solchen Grenze der Steuerfähigkeit nach oben sollte man nicht sprechen, solange eine Grenze der Steuerfähigkeit nach unten nicht anerkannt ist. Wo Brot verrotzt und Salz versteuert wird, darf man nicht dazwischen schreien, daß den Reichen allzu viel abgenommen werden könnte. Auch nach Abzug aller Steuern bleibt der Reiche immer noch reich, der Arme, dem man den Lebensbedarf verteuert, wird aber durch die indirekten Steuern immer ärmer.

Die Selbstständigkeit der Einzelstaaten wird nur vorgezogen, um die Ausprägung der Massen durch indirekte Steuern zu begünstigen, den Besitz aber vor allen direkten Eingriffen des Reichs zu schützen. Kein Wunder darum, daß der Alarm gerade von Preußen ausgeht. Preußen in seiner Selbstständigkeit bedroht — was heißt das? Heißt das etwa, daß das preussische Volk aus der Reichssteuer-gesetzgebung eine Schwächung seiner Rechte zu befürchten hat? Was ist die Selbstständigkeit einer kleinen Clique gegenüber der Repräsentation des deutschen Volkes und gegenüber dem preussischen Volk selbst, das einer wirklichen Vertretung noch entbehrt. Der Besitz der in Preußen regierenden Klasse soll vor der Steuererhebung des allgemeinen Wahlrechts geschützt werden. Darum will Preußen dem Reiche den Zugang zu seinen privilegierten Steuerquellen wehren, die in Wahrheit reich genug sind, daß alle daraus schöpfen können.

Sollte ein armer kleiner Bundesstaat den Notruf gegen die Reichsvermögenssteuer ausstoßen, es wäre, trotz aller Frigidität der Gedankengänge immerhin menschlich begrifflich. Aber Preußen, das reiche in Ueberflüssen erstickende Preußen, spielt eine lächerliche und widerliche Rolle, wenn es so tut, als könnte es dem Reiche keinen Anteil an seinen Steuerquellen einräumen, wenn es sich knurrend wehrt, statt bereitwillig Platz zu machen. Preußen, der führende Bundesstaat, der Träger der Reichsberrlichkeit, der Zweier im Mühlentwettrennen, ist der Letzte, der das Recht hätte, den Daumen auf den Beutel zu halten, wenn der Schaden, den es durch seine Politik anrichtet, bezahlt werden soll.

Der Streik in Antwerpen.

Was Antwerpen in dem Wahlrechtskampf des belgischen Proletariats zu einem strategischen Punkt ersten Ranges macht, ist weniger der Umfang seiner Industrie, obwohl es für die Metallindustrie, die Zigarrenfabrikation, Diamantbearbeitung ein sehr wichtiges Zentrum ist, als die Bedeutung seines Hafens für das belgische Wirtschaftsleben überhaupt. Antwerpen ist nach Hamburg — dem es übrigens nur sehr wenig nachsteht — der größte Hafen des europäischen Festlandes und sozusagen der einzige Hafen in Belgien. Belgien ohne die überseeische Ein- und Ausfuhr durch den Antwerpener Hafen ist wie eine Flasche, der der Hals verstopft ist.

Man war im Streikkomitee bis zum 14. April auch nicht ganz sicher, daß es gelingen würde, den Hafenbetrieb dort stillzulegen. Sind doch von den etwa 20 000 Hafenarbeitern kaum 6000 organisiert. Es kommt hinzu, daß beschränkt wurde, die fast völlig horizontal liegende Umebung Antwerpens werde den Unternehmern ein sehr großes Reserveheer von Streikbrechern zur Verfügung stellen. Man sah also mit besonderer Spannung den neuesten Nachrichten über den Anfang des Kampfes im Antwerpener Hafen entgegen, die, wie bekannt, überraschend günstig ausfielen. Ein großer Teil der bürgerlichen Blätter brachte indes am Montag und noch am gestrigen Dienstag Nachrichten, die die Situation hinstellten, als ob mit dem Streik im Antwerpener Hafen nicht viel los sei. Der Herrschaft „Ringtème Siecle“ hatte sogar am Montag eine siegeszuversichtliche Manchette: *on travaille au port d'Antvers!* „Es wird im Antwerpener Hafen gearbeitet!“

Nun — ich habe mir heute den Hafen angesehen, und nachdem ich die fast 25 Kilometer lange Strecke, die zu bewältigen ist, wenn man alle Reis und Docks in Augenschein nehmen will, zurückgelegt habe, muß ich sagen, der „Ringtème Siecle“ hat recht: es wird im Antwerpener Hafen gearbeitet. Er hat nur veräuert, hinzuzufügen, in welchem Umfange und durch wen. Sogar die am Samstag nachmittag ein paar Foremen (Vorarbeiter) sehen, die mit Hilfe von Schiffsmannschaften — vielfach indische Kulis — sich den Ankerstein geben, als ob sie versuchen wollten, es nicht auch ohne Arbeiter gehen werde. An einigen Passagierschiffen, die mit sogenannten „baste mannen“ (seilen Passagieren) beladen, sind diesen bunten „Arbeitergruppen“ als Garnitur auch einige wirkliche Hafenarbeiter mitgegeben, ins-

gesamt für den ganzen Hafen aber nur einige Hunderte. So arbeiten an dem großen Amerika-Dampfer „Capland“ der Red Star-Linie, wie mir der Steuer selber zugab, kaum 100 Mann einschließlich der Foremen und der Mannschaftenleute, wo sonst 600, meist „baste mannen“, beschäftigt sind. Und dies ist dann noch ein Rekord! Auf den anderen großen Ozeandampfern, die am Kai liegen, ist der Prozentsatz der Arbeitenden noch viel geringer und auf den meisten Frachtdampfern, die in den Docks liegen, ist er gleich Null. In den Trockendocks war überhaupt kein Mensch zu sehen.

Das Bild, das die riesigen Hafenanlagen, wo sonst ein so buntes, feierhaftes und wimmelndes Leben pulsiert, dessen ohrenbetäubender Lärm sich wie eine Symphonie auf den titanischen Heroismus der Arbeit anhört, dem Beschauer jetzt bieten, ist das einer riesigen Leere — einer wahren Friedhofstraße. Die bereits erwähnten, hier und da unternommenen Versuche, ohne Arbeiter zu arbeiten, lassen den Kontrast mit der gewohnten Tätigkeit eher noch schärfer erscheinen.

Wenn man in Zwischenträumen von mehreren Minuten eine Ledekette rasseln, einen Dampfstrahl röhren, eine Schiene fallen, ein Arbeitskommando erschallen hört, so bringen einem diese Laute, die jetzt ohne Echo inmitten der absoluten Ruhe der Umgebung verhallen, den Gegensatz dieser Ruhe zu dem Lärm, der sonst herrscht, um so deutlicher zum Bewußtsein — genau so wie der Kran, den ich an einem der größten Docks als einzigen inmitten einer Reihe von 26 in Bewegung sah — recht langsam freilich, denn er ried jedesmal minutenlang über der Luftpumpe — und der die Unbeweglichkeit der sich parallel vom Himmel streckenden Arme der anderen 25 Kräne noch auffälliger machte.

Die einzige Bewegung, die man merkt, ist die der Soldaten und Bürgergardisten, die von hundert zu hundert Metern an den langen Reihen stillstehender Eisenbahnwagen mit aufgeschulzten Bajonetten Schildwache stehen und mit melancholischem gelangweiltem Blick auf die herumliegenden Ballen, Ästen und Käffer schauen. Einer ist aus Mangel an anderem Zeitvertreib damit beschäftigt, ein bißchen Korbbaumwolle, das aus einem Ballen hervorkommt, mit den Fingern zu kleinen Fäden zu verspinnen, ein anderer liest zum hundertsten Male die fremden Worte und rätselhaften Aufschriften auf den vor ihm liegenden Naphthalinbüchern, ein dritter wagt es, hinter einem Eisenbahnwagen versteckt sich verbotenen eine Zigarette anzuzünden.

Wie überflüssig diese militärische Wachpostenstellung ist — zwei Regimenter Bürgergarde und vier Regimenter Infanterie sind zur Ueberwachung der Hafenanlagen herangezogen worden — geht daraus hervor, daß ich nirgends an den Hafenanlagen einen einzigen Streikenden getroffen habe. Dagegen wimmelte es in der Stadt von herumspazierenden Streikenden, die mit dem roten Verbandstuch oder mit dem grünen „Wahlrechtsknopf“ im Knopfloch, meist in Gruppen von 3—5 Mann, in den Straßen herumlaufen.

Viele sah ich von den Streikkontroll-Lokalen mit einem in eine Zeitung gewickelten oder in ein Handbuch geknüpften Weißbrot nach Hause gehen. Heute wurde nämlich in Antwerpen zum erstenmal die Unterstützung in natura ausgezahlt, die von lokalen Streikkomitees zu erhalten, alle Streikenden, ob organisiert oder nicht, berechtigt sind, sofern sie sich regelmäßig zur Kontrolle melden. Die Organisierten erhalten außerdem von der dritten Woche an von ihrer Gewerkschaft Geldunterstützung. Jezu Lokale der inneren Stadt und sieben der Vororte dienen zu diesem doppelten Zwecke: der Kontrolle und Unterstützungsausgabe. Von 8 Uhr früh bis mittags können die Streikenden sich dort kontrollieren lassen und ihre Unterstützung erhalten. Bis heute mittag hatten 5400 Mann von ihrem Unterstützungsrecht Gebrauch gemacht, und zwar nach dem folgenden Satze: ein (in der sozialistischen Genossenschaftsbücherei gebadetes) Weißbrot für Ledige und Verheiratete ohne Kinder, ein Brot mehr für jede zwei Kinder, plus ein Liter trockene Erbsen, die morgen durch Reis, übermorgen durch weiße Bohnen und so fort ersetzt werden sollen. Mehr als drei Brote erhält niemand, wer mehr als 4 Kinder hat, wird gebeten, die übrigen einzuschreiben zu lassen, damit sie ins Ausland verschickt werden. Ich beobachtete vier von diesen Streiklokalen und fand, daß überall eine freudige, siegeszuversichtliche Stimmung herrschte. Auch hier wird, wo die Raumverhältnisse es erlauben, gelungen und getanzt, aber nicht, oder so gut wie gar nicht getanzt — das Streikkomitee hat in allen Streiklokalen Plakate anbringen lassen, die die Streikenden darauf aufmerksam machen, daß in den Streiklokalen kein Trinkzwang besteht. Kommuniquische Sappenlischen gibt es in Antwerpen nicht.

Das Streikkomitee hatte gestern auf dem Stadrennplatz in Zurenburg bei Antwerpen ein Madonnen organisiert, an dem die Streikenden teilnahmen, heute nachmittag gab es Minnvorstellungen und Fußballspiel. Auch in Antwerpen hat man also verstanden, daß nicht nur der Hunger, sondern auch die Langeweile Feinde sind, die systematisch bekämpft werden müssen.

Deutsche Politik.

Der bunte Rod. In der Budgetkommission des Reichstags hat man sich am Donnerstag über die Velleidungsfrage unterhalten und dabei haben die Vertreter des Kriegsministeriums ausgeführt, daß der völlige Ersatz der heutigen bunten Uniform mit den blanken Knöpfen durch die weniger auffällige Velleidung mit feldgrauem Tuch noch nicht in Aussicht genommen ist. Die einfache Tracht ist für den Krieg und die Feldübungen vorgesehen, im Frieden aber will man auf die mehr in die Augen fallende Uniform nicht verzichten. Es sei noch die Frage, ob sich die sämudlose Uniform da behäufte. Zu deutsch: man kann sich nicht dazu entschließen, auf die mehr in die Augen springende Velleidung zu verzichten, denn bei den Paraden macht sie einen besonderen Eindruck und außerdem trägt sie dazu bei, das Selbstbewußtsein des Soldaten und besonders des Offiziers zu heben. Muß der Leutnant in einer schmutzig-grauen Tade auftreten, dann unterseidet er sich kaum mehr von dem Zivilisten und die Gefahr besteht, daß er gar zu leicht seine besondere Offizierschere verliert.

ntrale
 he
 iz 37
 iz 65
 484
 ss 7
 isse 48
 isse 15
 str. 6. Neul
 hl
 12 1/2 25 1/4
 2,45 4,50
 2,35 4,60
 2,12 4,20
 1,90 3,80
 1,70 3,40
 1,75 3,50
 „ 1,05
 „ 2,10
 „ 4,80
 Pfd. 20 „
 „ 93 „
 deutsches
 chmalz
 (in Elmer)
 fett
 reiss
 „ 55 „
 Butter
 per 1/2 90 „
 „ „ 80 „
 486
 Palmin
 Packungen.
 ster Ware
 or
 ntrale
 ebung.
 es Schu-
 r sind die
 ebeiten
 e und Schi-
 n städtischen
 Friedbrich-
 mer Nr. 170,
 hen werden.
 ch die An-
 10. April
 1 Uhr
 schriftl. ver-
 898
 April 1913.
 nant.
 chung.
 ant bleibt
 der Dienst-
 Montag
 8. 33. 432
 April 1913.
 chamt.
 Quelle
 ner u. neuer
 and Möbel
 r. 3. 333
 Brunnenstr.
 vier,
 Stabbaner,
 r. 1 zu ver-
 geignet. 304
 r. 11, v.
 Post sowie
 federnbett,
 umlampen
 verkaufen.
 52, 1 Fr.

interessant, daß die Nationalliberalen den gestrigen Schlus-
antrag der Rechten mit unterschrieben haben. Das sollte wohl
der Anfang zu der Verständigung über die Steuerentlastung sein.
Man hält wohl die Beratung des Militäretats für eine Bagatelle.
Das kommt auch in einem Artikel der Norddeutschen
Allgemeinen Zeitung zum Ausdruck, wo die Budgetkommission
getadelt wird, daß über den Militäretat schon allzu lange ver-
handelt wird. Gegen eine solche

Wirtschaftung des Reichstags
müssen wir protestieren. Von einer Durchsicht der Wehr-
vorlagen kann keine Rede sein. Wenn wir mit den Arbeiten im
Rückstand sind, so liegt das an der Regierung, die den
Reichstag früher hätte einberufen sollen. Der Kriegsminister
begreift den Sozialismus nicht und das ist verständlich. Aber
auch in den Kreisen der Offiziere sieht man den Forderungen
der Zeit nicht immer verständnisvoll gegenüber. Daß eine
nationale Armee nationale Führer braucht, ist eine Rede-
wendung, die in einem Kriegereid Eindruck machen kann,
nicht aber im Reichstag. Die Interessen der besitzenden Klassen
werden für die der Nation ausgegeben, aber zur Nation gehören
wir auch. Das Volk wird ausgebeutet und politisch entrechtet
und die anderen Schichten bereichern sich. Wenn wir dagegen
ankämpfen, so geht das aus dem Vertrauen hervor, daß die Lage
dieser Klassen gehoben werden soll. Wir wollen ein freies Volk
auf freiem Boden. In der Schweiz gibt es sozialdemokra-
tische Offiziere, der Begleiter des Kaisers war ein solcher. Herr
v. Hertling würde ihm das freilich austreiben. In Deutschland
bringt es ein Sozialdemokrat nicht einmal zum Gefreiten.
Warum verzichtet man da nicht auf die Beteiligung der Sozial-
demokraten beim Kriege? Früher stand auch das Zentrum im
Genuß der Staatsfeindschaft, ebenso die Freisinnigen. Der
Minister bezeichnet die Streichung der

Adjutanten der Fürsten und Prinzen
als unbillig. Aber selbst Prinzen, die keine militärische Stel-
lung besitzen, haben Adjutanten. Die Adjutanten der Prin-
zen können ohne weiteres gestrichen werden. Ob die jetzt
in der Genuß des Juristentums und des Geldproletariats
befindlichen Fürsten und Prinzen, das bleibt abzuwarten. Die
Kriegsminister hier behauptet, in einer Parole wird den Vereinen
empfohlen, einen bestimmten Stempel anzuschaffen;
dieser Stempel sei von dem Minister des Innern und dem
Kriegsminister verlangt nach den Akten. Wenn es zufällig nicht in den
Akten stehen sollte, so will ich dem Herrn die Nummer der
Parole angeben. Einer meiner Fraktionskollegen hat einen
Sohn, der dient. Nun ist der Vater Gastwirt und sein Lokal
ist hochbetrieben. Der Sohn darf nun wohl in das hünere Jim-
mer, aber nicht in das Gastzimmer. (Große Heiterkeit.) Die
Gastwirte bezahlen ihr Geld ebenso wie andere für das Geer,
und die Militärentwertung hat keine Rechte, diese Leute
zu schädigen. Wenn wir an die Soldaten herantraten
wollen, haben wir auch andere Mittel. Was wollen Sie machen!
Wenn die Soldaten auf Urlaub sind, können wir doch auch mit
ihnen sprechen. Wir denken aber gar nicht daran, die Soldaten
in ihrer Disziplin zu führen. Aber die meisten Soldaten sind
Sozialdemokraten, wenn sie herauskommen, die andere
Klasse wird Sozialdemokraten, wenn sie herauskommen. (Sehr
richtig!) Mit dem Vorkriegsstand man nicht aus Sozialdemo-
kraten, sondern nur die Werte, die genug an den Steuern zu
tragen haben. Wir kritisieren nicht, um die Arme herauszu-
schicken, wir kritisieren, damit es besser wird. (Zustimmung bei
den Sozialdemokraten.)

Der Kriegsminister meint, die Offiziere dürfen keine
Politik treiben. In Wirklichkeit treiben die Offiziere
Politik. Erinnern Sie sich nur an die Artikel vor Erscheinen
der Militärarrestverordnung, in denen die Forderungen der Arme an-
gemeldet wurden. Die Offiziere haben gar keine Forderungen
zu stellen. Wohin das führt, sehen Sie in anderen Ländern.
Die Arme wird immer mehr ein Staat im Staat. Das
Volk hat alle Ursache, sich diesen Staat im Staat. Das
kommen über den Kopf wachsen zu lassen. Wenn das so weiter
geht, ist das einmal ein schlechtes Ende nehmen. Die Arme
ist nicht dazu da, gegen die Verfassung angewandt zu werden.
Die Arme muß die Verfassung ebenso halten, wie der Kaiser
verpflichtet ist, die Verfassung zu halten. Die schärfste Juris-
diktur zum Kriege gehen. Es wäre wirklich erwünscht, daß den
Herren nahegelegt wird, sich bei ihren Reden etwas mehr Reser-
vierung nicht. Ein Wort hat so gut wie gar nicht gesprochen.
Der Wehrverein ist eine solche Organisation, wo ausrangierte
Offiziere im Lande herumreisen und das unglücklichste Zeug
zusammenreden. Diese Herren sind zum Teil ganz gesund, sie
sind aber trotzdem mit Pension verabschiedet. Das ist auch ein
Arbeitsverdienst in unserer Arme, während man bei den Soldaten ganz
rigoros ist. Der Gouverneur von Straßburg ist jetzt ebenfalls
pensioniert worden, sicher nicht aus Gesundheitsgründen, son-
dern nur wegen der

Marmierung der Garnison Straßburg.
Zunächst hat man wohl gemeint, es sei ein Faschingscherz, bis
man in Straßburg hinauseilte auf das Paradeplatz, der kom-
mandierende General und selbst Prinz Joachim, der ge-
trane. (Stürmische Heiterkeit.) Hätte man sich denn nicht
telefonisch erkundigen können? Dann hätte man erfahren
können, daß der Kaiser in Königsberg, an der anderen Ecke
Deutschlands, war. Die Sache war ja harmlos, aber ein kom-
mandierender General hätte ja den Einfall bekommen können,
die Grenze zu betreten. Die ganze Welt hat über das Ding ge-
lacht. Das Volk hat bei der ganzen Sache die Rede zu be-
zahlen und muß nun jetzt die Pension dem Gouverneur zahlen.
Ein Fall aus Drauschwesig. Mein Parteigenosse Scheide-
mann hat dort eine Rede gehalten. Da bekamen die Soldaten
Garnisonarrest und ein Hauptmann hat zu den Soldaten gesagt:
„Das habt Ihr dem Rummel zu verdanken, der im Konzert-
haus eine Rede gehalten hat.“ (Hört, hört! links.) Ich
möchte dem Kriegsminister wirklich empfehlen, sich einmal um
die Garnison Braunschwesig zu kümmern. Es gibt dort die mei-
sten Soldaten in händlungen. Bei der Garde haben
wir immer noch fast nur Adlige. Warum verweist man die
Garde des Corps nicht einmal nach Stallupönen? Da
samen doch die Prinzen und Grafen zu ihren Gleichgesinnten
und mühten sich sehr freuen. (Große Heiterkeit.) Diese Elite-
truppen bekommen auch noch den Zuschuß dafür, daß sie
nicht gelernt. Dem Chef des Militärkabinetts will man in
Berlin eine Villa kaufen für 2 Millionen Mark, 140 000 M.
Zinsen würde uns diese Villa kosten. Es ist eine Geldver-
schwendung links.) Er soll auf Kosten der Steuerzahler auch noch
einen Festsaal bekommen. (Hört, hört! links.) Wenn der
Reichstag da nicht einen Strich durchmacht, dann könnte man
wirklich jeden Glauben verlieren. Weiter wird das Geld ver-
wendet durch die Abkommandierungen. Die Soldaten
Reichstag das wollte, könnte er reinen Tisch machen. Wenn der
Reichstag ab, nicht weil wir Deutschland wehrlos machen
wollen, sondern weil das Militär nicht verwendet werden soll,
um die Arbeiterklassen in ihrem Kampfe zu hemmen und als

Werkzeug der herrschenden Klassen zu dienen. (Lebhafte Beifall
links.)

Kriegsminister v. Heeringen: Wenn die Arme einmal
aufgehoben werden müßte, um innere Unruhen zu unterdrücken,
Das Heer soll sich aber als Rückgrat des Staates erweisen. Ich
kann nicht leugnen, daß der

Alarm in Straßburg
eine stark komische Seite hat. Aber den Gouverneur trifft keine
Schuld. Es war ein junger Offizier, welchem die Depesche in
das Gouvernementsbüro überbracht wurde. Er konnte nicht
warten und fragen, denn der Gouverneur war nicht da und auch
der kommandierende General war außerhalb. Nun ging der
Alarm los. Als die beiden Herren zurückkamen, fanden sie die
Garnison schon in vollem Aufruhr. Da gab es kein Ein-
gesehen mehr. Die Garnison ist auf einen Raum von vielen
Kilometern verteilt, man müßte die Sache laufen lassen und
greifen eines Offiziers ist die ganze Sache entstanden; kein
höherer Offizier ist dafür verantwortlich.

In eine ernste Prüfung des Abnähmer Falles werde ich
eintreten, sobald angemessenes Material vorliegt. In politi-
schen Versammlungen dürfen weder Offiziere noch Mannschaften
hören nicht verdienen, wenn er aus dem historischen Boden von
Saarbrücken eine patriotische Ansprache gehalten hat.
(Bravo rechts.) Wenn bei Arbeiterbewegungen eingegriffen
worden ist, so geschah es auf Wunsch und zum Schutz des Publi-
kums. Die Arbeiterbewegungen haben selbstverständlich
das ist auch meine Auffassung von „national“. Deshalb habe
ich eine Partei zu bekämpfen, die sich offen zur Revolution be-
kennt. (Lebhaftes Bravo rechts, Unruhe bei den Sozialdemo-
kraten.) Wenn die Sozialdemokratie auch nicht die Absicht hat,
unser Heer vor den Augen des Auslandes herabzusetzen, die
Wirkung ihrer Kritik ist aber groß. Der deutsche Offizier ist
mit seinen Untergebenen innig verbunden. (Sehr richtig rechts,
er heutzutage in einer Schlacht nicht durchkommen kann, wenn
langen, ist unsere Aufgabe. (Lebhafter, wiederholter Beifall
rechts, Zwischen links.)

Abg. Döppe (natl.): Den Offizieren muß ein möglichst
sicheres Avancement und ein Mindestmaß ihres ständigen Ein-
kommens gesichert werden. Auch ihre Urlaubsverhältnisse sind
verbesserungsbedürftig.
Abg. Erberger (Centr.): In den Kasernen und Lazaretten
bestehen noch vielfach Mängel, die beseitigt werden müssen.
Eigenartig ist es, daß bei der Liebesfürsorge der Ärztechaft ein
Mangel an Militärärzten besteht. Der Duellunfall muß be-
straft werden. Wir werden in der Kommission Gefängnis-
strafen und Verurteilung der bürgerlichen Ehrenrechte bean-
tragt. Der Offizier würde ohne Pension zu verabschieden sein.
Die Fürsten und Prinzen zu einem teilweisen Verzicht auf ihre
persönlichen Adjutanten zu bewegen.
Württembergischer Generalmajor v. Graevenig: In dem
von Herrn Erberger vorgetragenen Fall eines in Ulm desor-
tierten Grenadiers ist den Militärärzten kein Vorwurf zu machen.
Abg. Böhle (fortsch. Volksp.): Die Fernhaltung des
Militärs durch politische Versammlungen muß ohne Ansehen
der Person durchgeführt werden. Die Kontrollversammlungen
sollten nur einmal im Jahre abgehalten werden. Die Nicht-
beachtung der von Juden ist eine Ungerechtigkeit. Die
Retabschreibung der im besten Mannesalter stehenden Offiziere
muß erschwert werden.

Kriegsminister v. Heeringen: Es wird genau geprüft, ob
in jeder Anstellung Pension besteht. Von dem in letzten
Jahre verabschiedeten Offizieren sind 92 Prozent ohne Pension
in den Ruhestand getreten.

Abg. Brandts (Volksp.): Die Gefinnungsschnüffel bei Mil-
itärpersonen politischer Nationalität soll endlich beseitigt werden.
Abg. Dr. Saegy (H. Centr.): Im elsass-lothringischen
Landtag ist in der zweiten Kammer ein Antrag der fortschrei-
tenden Mitglieder eingebracht worden, der sich gegen Ausschwei-
digung der Kammer bezittelt. Die Regierung hat die Zustän-
digen Mitglieder befristet; wir müssen daher hier darauf
zurückkommen. Bei seinem Abschied hat der General v. Brit-
tow v. Gaffron eine Rede gehalten, in der durchaus ein
Eingreifen in die Politik des Landes gesehen werden
muß. Eine solche Einmischung eines Generals ist durchaus
unbillig. Eine derartige Parteinarbeit des Militärs, eine
solche Art militärischer Nebenregierung, über die sich schon
früher der Generalfeldmarschall v. Manteuffel beklagte, kann
nicht militärische Vorteile zu führen. In Mülhausen ist
ein Lokal, in dem der Verein der ehemaligen Fremdenlegionäre
über die Revision des Militärstrafgesetzbuches muß hier
mit allem Nachdruck erhoben werden. Die Eingabe ist für den
einen Geilichen nicht als dienstliche Angelegenheit, sondern als
eine persönliche Beschwerde aufgeführt worden. Daß solche Fälle
dem Ansehen der Arme im Elsaß-Lothringen abträglich sind,
Artikel anerkannt werden. Der Kriegsminister wird wissen,
was er in solchen Fällen zu tun hat. (Beifall.)

Kriegsminister v. Heeringen: Betreffs des Generals
v. Brittow wiederhole ich, was ich gestern gesagt habe, daß
äußersten Grenze des Reiches an einem so verantwortlichen
Verabschiedung vom Kriegerverein einen Rückblick auf seine
Tätigkeit wirft und sein Bedauern über antideutsche Vorgänge in
Elsaß-Lothringen zum Ausdruck bringt, Vorgänge, die jeder
Patriot, jeder Deutsche, mit mir auch nur bedauern wird. (Leb-
hafte Zustimmung.)

Abg. Liebnecht (Soz.)
bringt die schon im „Vorwärts“ behandelte Angabe zur Sprache,
daß die

Armeelieferanten
sich zusammengeschlossen hätten zur gemeinsamen Behandlung
der Offiziere, um die Konkurrenz auszuuschließen. Die Kosten
hätten das Volk und die Steuerzahler zu tragen. Das sei ein
geheimer Kampf am Leibe des Volkes. Eine deutsche Rüstungs-
fabrik hat sich nicht gebildet, in französische Zeitungen einen Ar-
tikel lancieren, zu lassen, daß französische Rüstungen ein Ar-
beiten, um in Deutschland Stimmung für deutsche Heeresverfä-
lungen, und damit für ihren eigenen Verdienst machen zu können.
(Hört, hört!) So wird es gemacht. Die größte deutsche Waf-
senfabrik arbeitet mit all-ehand Manipulationen. Der Vorstand
vor wenigen Wochen einen Agenten, der die Aufgabe hatte,
sich an die Beamten der Arme und Marine heranzumachen und
Scheitern zu erhalten, deren Inhalt die Firma interessiert.
(Hört, hört!) Angaben über die Ergebnisse von Verhand-
lungen über die Preise, die andere Werke fordern oder die ihnen
bewilligt werden, sind besonders gefürchtet. Der Mann hat wohl
Mittel zur Hand, um Beamte zum Verrat militärischer Ge-
heimnisse zu veranlassen. (Hört, hört!) In dem Geheim-
schwarzamt eines Herrn v. Dewitz in Essen, eines hohen Beamten
der Firma Krupp, liegen oder lagen diese Geheimberichte fälsch-
lich aufbewahrt. (Hört, hört!) Ich habe von dem, was mir

mitgeteilt wurde, dem Herrn Kriegsminister Kenntnis
gegeben. (Hört, hört!) Ich bin darauf aufmerksam gemacht
worden, daß die Firma alle Beweismittel und unbenutzte Be-
sonen irgendwohin aus der Welt schaffen könnte. Der Kriegs-
minister hat in dieser Angelegenheit seine Schuldigkeit getan.
Er hat eingegriffen, und zwar nicht nur gegen die Militärs-
sonen, sondern auch gegen Zivilpersonen; gegen sechs aber
seben Personen schweben Voruntersuchungen. Es ist mit aner-
kennenswerter Energie eingegriffen worden. So geschickte
Beute sind in Untersuchungshaft genommen worden.
Die Untersuchung hat vollauf das bestätigt, was ich hier vor-
getragen habe. Der Untersuchungsbericht kam nicht mehr ge-
fährdet werden. Im Interesse des deutschen Volkes und des
europäischen Friedens muß ich also diese Dinge jetzt vornehmen.
(Hört, hört! und lebhafter Beifall.) Wenn eine Firma Briefe
nach Frankreich schreibt, wie ich sie angab, so tut diese auch, was
die Firma Krupp tut, und wenn die Firma Krupp das
tut, was ich angab, so tut sie auch das, was die deutschen Waf-
sen- und Munitionsfabriken taten. Das ist klar. (Sehr richtig!
links.) Wenn die Moral auf diesen Wankpunkt gestürzt
ist — von einem Nullpunkt kann man gar nicht mehr reden —
so muß man sich

auf alles gefaßt machen!
Dillinger ist gleich Herrn v. Schuber, Schuber ist gleich
Stuman, Stuman ist gleich „Post“. Die „Post“ brachte im
Jahre 1911 jenen Artikel über die Marokko-Affäre, um die
deutsche Regierung aufzuklären zur aktiven Politik. Andere
Artikel folgten. Die Kriegsbegeisterung ging weiter. War es nicht die
„Post“, die zuerst das Mundstück war der Generalstabesfrage,
zu deren Führen der Herr Kriegsminister heute liegt?! (Hört,
hört!) War es nicht auch die „Post“, die, als der Friede aus
dem Balkan „drohte“, plötzlich erwiderte, im Februar, daß man
im Westen ein neues Gefährdungszentrum sich entwickle?!
(Hört, hört!) War es nicht und ist es nicht die „Post“, die aus
den Vorgängen von Nancy starkes Kapital schlug und die aus-
patriotischen Schild schlug?!
Die „Heinrich-Westfälische Zeitung“ trägt an
der Stirn den Stempel des Interesses der Rüstungsleute. Ge-
heime Agenten und allerlei Spitzel sind tätig. Ich will nicht
sagen, daß auch bei gewissen Vorgängen in Frankreich deut-
sche Agenten tätig waren — so weit will ich nicht gehen — aber
trauen wir alles zu, auch dieses! In Deutschland und Frank-
reich haben sie die gleichen Interessen. Geld verdie-
nen ist die Hauptsache. Diese Art Psychologie des Kapitals
muß man kennenzeichnen. Die französische Depresse ist
ebenso von Interessen abhängig wie unsere deutsche Depresse.
Mit diesem System muß ein Ende gemacht werden! Es ist
eine zwingende Notwendigkeit, daß die Hände des Deutschen
Reiches, um bildlich zu sprechen, rein bleiben. Es ist erforder-
lich, daß die Regierung zu Firmen, denen derartige Praktiken
nachgewiesen werden, keinerlei Beziehungen mehr unterhält.
(Sehr richtig!) Ich kann dem Kriegsminister nicht den geringsten
Vorwurf machen. Er ist in diesem Falle korrekt. Der Kriegs-
minister hat bereits erklärt, daß er mit solchen Firmen die
Beziehungen abbrechen, die unlautere Praktiken befolgen. Die
Firma Krupp darf keinen Auftrag mehr bekom-
men! (Lebhaftes Sehr richtig links.) Das Wichtigste ist, daß
sich nicht nur wegen der pekuniären Unzuständigkeit und Unreini-
gkeit auf eine andere Politik der Regierung hindrängen, son-
dern wir müssen die

Verstaatlichung der gesamten Rüstungsindustrie
mit aller Eile durchzuführen, koste es, was es wolle, damit es
möglich wird, eine Interessentenklasse auszumergen, deren Kon-
kurrenz eine ständige Kriegsgefahr bedeutet, und damit eine
Wurzel allen Bölgewinnes vernichtet wird! (Lebhafter Beif.)
Kriegsminister v. Heeringen: Es ist übertrieben, zu
behaupten, unsere deutschen Waffen- und Munitionsfabriken
und die Firma Krupp hätten in die europäischen Geschäfte ein-
zugreifen versucht. (Abg. Ledebour (Soz.) ruft: Paule Plauten!)
Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Ledebour zur Ord-
nung.
Kriegsminister v. Heeringen (fortfahrend): Wir sind auf
unser Privatindustrie angewiesen, denn wir können nicht so
viel in unseren Staatsbetrieben herstellen, wie wir für den
Kriegsfall gebrauchen. Da wir aber diesen Privatbetrieben in
Friedenszeiten nicht so viel Arbeit geben können, daß sie lei-
stungsfähig bleiben, so sind sie auf Bestellungen aus dem Aus-
lande angewiesen. Bezüglich der Behauptungen aus dem Aus-
lande des Generalstabes, verweise ich auf die Erklärungen des Reichs-
vorlage in ihren Grundzügen auf meine Anregung beschloffen
war. Ich bedauere, daß der Abg. Liebknecht die Angelegen-
heit Krupp hier vorgebracht hat. Ich hatte ihn gebeten,
im Interesse der Untersuchung davon Abstand zu nehmen. So
viel ich weiß, steht nur fest, daß ein unterer Beamter der
Firma in der Geschäftsstelle in Berlin versucht hat, verschiede-
ne Hebel des Zeugpersonals zu Mittelnungen zu bewegen,
die sie nicht machen durften. Hierbei handelt es sich aber in
keiner Weise um Verrat militärischer Geheimnisse. In wie weit
das Direktorium der Firma Krupp dabei beteiligt ist, ist noch
nicht festgestellt. Ich bitte deshalb, mit den Vorwürfen darüber
zurückzuhalten. Ich kann nur betonen, daß wir dieser Firma
sehr viel für Heer und Marine verdanken.
Abg. Gaus (Eler 3. Volksp.): Wir verlangen selbstverständ-
lich, daß gegen die Schuldigen eingeschritten wird, und die nö-
tigen Konsequenzen aus der Sache gezogen werden. Das Heer
des Antimilitarismus in die Reihen der Soldaten hineintragen,
begann werden. Ich empfehle die Schaffung kleiner Garni-
sonen. Verbesserungen im Heerwesen sind zweifellos notwendig.
Wir wollen aber nicht an den Grundfesten des Heeres rütteln.
Darauf wird die Weiterberatung auf Samstag, 11 Uhr,
vertagt. — Schluß halb 8 Uhr.

Neues vom Tage.

Stuttgart, 17. April. Nach den amtlichen Feststellungen
stellt sich der Frostschaden im ganzen Lande, je weiter die Unter-
suchung fortschreitet, als immer größer heraus und bedeutet
in manchen Gegenden für den 1914er Winter einen kata-
strophalen. Nicht nur alle Triebe, die bis jetzt an der Sonne wa-
ren, sind erfroren, sondern auch die neuen Triebe und teilweise
ist der Frost sogar in den Stock fest eingedrungen. Die Größe
des Schadens muß die nähere Untersuchung noch ergeben, soweit
aber steht fest, daß sich zu dem Obstschaden ein mindestens ebenso
großer Weinbauschaden gestellt.

Beinliche Kirchhofsjene.
Bonn, 17. April. Zu einer äußerst peinlichen Szene kam es
bei der Beerdigung der durch ihre Prozesse viel genannten Mi-
lionärin Frau Wilhelmine Beil auf dem alten Friedhofe in
Bonn. Als Kommerzienrat Ursprung aus Barmen, ein Freund
der Verstorbenen, dieser einige Abschiedsworte widmete, trat
der Schwiegerjohn, Professor von Schilling aus Stuttgart, hinzu
und unterlegte im Namen der Hinterbliebenen dem Kommerzien-
rat Ursprung das Heben und rief laut nach dem Friedhofspolizei-
tragnenden hörte man laute Entrüstungsrufe. Die Menge der
Neugierigen machte Wiene, handgreiflich zu werden, als Pro-
fessor von Schilling den Friedhof verließ. Wo die lieben Erben!

No
Gener
Die
verfamm
in die
fanden
gierter
auer So
schön au
10 Uhr
stimmu
sammlu
Freiheit
— In
wurde,
Mann
Erbleid
ten ber
ner, u
28 Mär
zirt w
einer
stand.
Sange
telegra
3
fann
ordnu
lehner
hätten
Der
Tages
gab d
zug a
also a
gab.
Mar
berfl
gufri
ber
die V
moch
staud
Arbe
in S
treff
Karl
Nock
steh
rum
aber
ist d
Ber
stüb
die
ein
wie
Ber
hei
me
in
am
im
lau
ein
an
m
di

die Heizer nicht wissen, was sie wollen. Das Heizen sei nicht so schlimm im Krankenhaus.

Das Erholungsheim in Baden-Baden.

Stadt. Kappes bringt Wünsche bezüglich der Aufnahme in das Heim vor. — Gmstr. Dr. Paul entgegnet, daß bei der Aufnahme streng geprüft werden müsse, daß keine Kranken mit ansteckenden Krankheiten aufgenommen würden. Erst in zweiwöchiger Frist werde streng untersucht. — Stadt. Sauer schlägt nun Vertagung vor. Die Versammlung beschließt nach dem Antrage. Weiterberatung Freitag mittag 3 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

D. S. Siegrist eröffnet kurz nach 3 Uhr die Sitzung. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Die Beratung des Voranschlags wird bei Position

Bestattungsweisen

fortgesetzt. — Stadt. Braun empfiehlt die Annahme dieses Voranschlags namens des Prüfungsausschusses. Auffallend sei das Defizit von 18 000 Mk., daher rührend, daß größere Bestattungsplätze nicht verkauft wurden. Die Friedhofsgewerbetreibenden haben sich an die Stadtverwaltung gewandt. Die Gärtnerei befristet, daß ihnen die Ausübung ihres Gewerbes unerschwerlich würde. Sie haben aber damals bei Einreichung der Petition noch nicht übersehen, wie die Sache wird. Ihre Vorstellungen waren unbegründet. Daß an gewissen Stellen die Grabberpflanzung einheitlich wird, z. B. beim Krematorium, war notwendig. Aber eine generelle Durchführung dieses Planes einer einheitlichen Bestattung ist nicht beabsichtigt. Die Wünsche betr. Hydrantenanlage sind berechtigt. Die Grabregelungen auf ihre Jahresbestände Rücksicht genommen wird. Zu Baden ist, daß der Stadtrat die ursprünglichen Nutzungs-Vorschriften in Empfehlungsvorschriften umänderte. Das hat gar keinen Wert. Auch sollte die Genehmigung des Bestattungsamts etwas rascher erfolgen. Im allgemeinen ist anzunehmen, daß wenn die Entwicklung so weitergeht, eine wirklich großstädtische Einrichtung geschaffen wird. Vor allem sind die Kasernierungsvorschriften am wenigsten am Platze. Bisher ist den Gewerbetreibenden weit entgegengekommen worden. Sie sind durch die Regierarbeit nicht geschädigt worden. Bezüglich der Grabsteinelieferanten ist noch zu sagen, daß auch die Stadt durch die Entziehung der Tage geschädigt worden ist. — Stadt. Uebel redet der Uebernahme aller Arbeiten, soweit wie möglich, in Regiebetrieb der Stadt das Wort, besonders aber bei Stiftungs- und Erbanlagen. Die Friedhofsgärtner waren sich selbst nicht einig, sie sind selbst einander in die Haare geraten. Die Stadt solle vor allem die gärtnerischen Anlagen beim Krematorium in eigener Hand behalten. Die Vorschriften der Stadt bezüglich Grabdenkmäler usw. sind nicht so, daß nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden könnte. Ein weiterer Wunsch ist, daß man bei der Feuerbestattung in der 3. Klasse den Aufschlag zur Tage bestattung abgehebt hat. — Stadt. Köhler wünscht Vermehrung der Sitzgelegenheit in der Friedhofskapelle, sowie eine einheitliche Kleidung der Sargträger. Bei dem Bestreben, ein schönes Bild herzustellen, solle man aber nicht zu hart vorgehen. Die Vorschriften bezüglich der Höhe der Grabsteine sind oft zu scharf, ein Zeichenfeld mit gleich hohen Grabmalen sieht gar nichts gleich. Die Friedhofsgewerbetreibenden sind ein gewisse Luthrube hineingeraten. Auf jeden Fall sollte die Stadt den Regiebetrieb nicht ausdehnen. Die Dekorierung der Friedhofskapelle solle man dem Verband der Friedhofsgewerbetreibenden übertragen, der dann auch die Verantwortung zu tragen hätte. — Stadt. Erb bittet, den Wünschen der Friedhofsgewerbetreibenden Rechnung zu tragen, weiter lasse hoffentlich der Ausgang nach Nienheim nicht mehr lange auf sich warten. — Stadt. C. Blum tritt ebenfalls für die Wünsche der Gärtnerei und Grabsteinelieferanten ein. Die Klagen betr. Genehmigungserteilung sind berechtigt. — Stadt. v. Müller erlittet den Dank an die beteiligten Friedhofswesen sich betätigenden Personen. — Gmstr. Dr. Korfmann geht auf die einzelnen Wünsche ein. Was die Eingabe der Friedhofsgärtner betrifft, so ist in der Hauptsache ihren Wünschen Rechnung getragen worden. Auf den. Auf jeden Fall muß es allerseits begrüßt werden, wenn die Zementeinrichtungen verboten wurden, ebenso die Glasplatten. Dem Wunsch nach vermehrter Sitzgelegenheit in der Friedhofskapelle wird Rechnung getragen werden. Der Ausgang nach Nienheim war schon für dieses Jahr beabsichtigt, wurde aber zurückgeschickt, da die Lage des Weges noch nicht sicher ist. Es folgt die Position

Der Stadtpark.

Stadt. W. Frey empfiehlt Annahme namens des Prüfungsausschusses. Die Neuausgestaltung des Stadtparks infolge Veränderungen am neuen Bahnhof kommt jetzt noch nicht im Voranschlag zum Ausdruck, sie wird wohl erst im nächsten Jahre in Erscheinung treten. Die Neugestaltung der Verhältnisse am Bahnhof werden hoffentlich auch dann in den Entwürfen am Bahnhof auf dem Kinderplatz, aber zu billigen Preisen. Außerdem wird gewünscht, die Tennisplätze herauszuwickeln, vielleicht in das Veiertheimer Wäldchen, die freierverwendeten Plätze könnten zur Erweiterung des Tiergartens dienen. — D. S. Siegrist teilt mit, daß die Militärsalven vorgehen ist. Die Tennisplätze sollen vorerst beibehalten werden. — Stadt. Marum: Der Stadtpark ist eine Lebenswichtigkeits Karlsruher. Es sollte aber der Garten allen Bewohnern zugänglich gemacht werden. Auch der Samstag nachmittag sollte zu billigem Eintritt frei bleiben. Auch seien mehr billige Konzerte einzuführen.

Weiter bespricht Redner im Anschluß an die Position

„Festhalle“ das neueste Verhalten des Karlsruher Stadtrats gegenüber dem an Pfingsten hier stattfindenden Bad. Arbeiter-Bundesfängerfest.

Er führte hierzu aus: Der Stadtrat hat sich nach langen Verhandlungen bereit erklärt, das Fängerfest des badischen Arbeiterbundes, das an Pfingsten hier stattfindet, zu unterstützen. Der Stadtrat ging dabei wohl davon aus, daß er sich durch diese Unterstützung keineswegs mit den Bestrebungen des Arbeiterbundes identifizieren wolle, sondern er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Geschäftswelt, wenn 10 000 Leute hierher kommen, einen großen Vorteil davon habe, und daß man deshalb den Gärten entgegenkommen zeigen müsse. Einiges Entgegenkommen hat die Stadt bereits gezeigt, indem sie Räume für Massenquartiere zur Verfügung stellte, Geldes für das Festbuch hergab, die Festhalle auszuschnitten beabsichtigte, freien Eintritt in den Stadtpark gewährte und außerdem die Straßen vom Bahnhof zur Festhalle zu beslagern gedachte. Es ist dies nichts außerordentliches, was die Stadt gewährte, nichts, was von anderen Städten nicht auch schon gewährt worden wäre. Von der Schweiz ganz abgesehen, wo sogar Kirchen zur Verfügung gestellt werden zur Abhaltung von Konzerten. Die Stadt trau Bedenken, weil sie meinte, sie

unterstütze mit ihrem Entgegenkommen parteipolitische Bestrebungen. Das ist aber nicht richtig. Wir geben zu, der Arbeiterbundesfängerfest ist ein Glied der modernen Arbeiterbewegung. Man kann aber wohl ein Glied dieser Arbeiterbewegung sein, ohne parteipolitische Tendenzen zu haben. Und wenn wir eine solche Tendenz hätten, so hätten wir sie nicht mehr als die deutsche Turnerschaft, der badische Sängerbund und jeder Militärverbände die Stadt noch ganz andere Leistungen aufzuweisen, sie trug sogar einen Zuschuß von 5000 Mark. Damals stimmte die sozialdemokratische Fraktion der Verwendung Anlässe unsererseits die Stadt auch ein Entgegenkommen zeigen werden.

Nun ist in den letzten Tagen bezüglich des bereits gewährten Entgegenkommens im Stadtrat eine Aenderung rückgeführt worden, das dem Oberbürgermeister zugegangen ist. Das Flugblatt stammt offenbar von einer Behörde oder staatlichen Stelle, die sich über das Gerede hat, der es uneben war, daß die Stadt Karlsruhe betreffende Flugblatt ist 1910 in der Mannheimer sozialdemokratisch organisierten Arbeiter (also bürgerlichen Vereinen anzutreten. Es sei auch bemerkt, daß von den Mitgliedern der Arbeitervereine nur 40 Prozent sozialdemokratisch organisiert sind. Dieses Flugblatt hat der Stadtrat so gehandelt, daß er glaubte, der im öffentlichen Leben steht, weiß nun, daß in Flugblättern oft schärfere Ausdrücke gebraucht werden als sonst. Seiten kommt das vor. Auch in diesem Flugblatt stehen manche Ausdrücke, die besser draußen geblieben wären. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden darin auf überzeugte Sozialdemokraten in bürgerlichen Gesangsvereinen, den Byzantinismus mitmachen und. Es muß doch jeder zugeben, daß ein Sozialdemokrat, der das mitmacht, heucheln muß. Das Flugblatt sagt weiter, daß die Arbeitervereine die Aufgabe haben, das Evangelium der Arbeiter zu predigen. Es ist also lediglich ein sozialdemokratischer Arbeiter gerichtet und das sollte für den Stadtrat kein Grund sein, seine Stellung zu ändern. Sie vor drei Jahren verbreitet worden ist. Da müßten Sie darf nur zurückgehen in der Geschichte mancher Verbände, der Sänger und Turner, die haben auch ihre dunklen Punkte. Die bürgerlichen Gesangsvereine haben vor 60 Jahren auch Freiheitslieder gesungen, die sie heute nicht mehr singen (Zuruf: Singen dürfen, sie haben gar nicht mehr das Herz dazu!). Und erst die Turner! Was haben sie für eine revolutionäre Vergangenheit! (D. S. Siegrist: Sie sind jetzt anders geworden!)

Wir sind in den Grundprinzipien die Gleichen geblieben, wir sind dieselben, wie Sie es in der Festschrift lesen können, und die wir waren, als die Stadterwaltung die ersten Zugeständnisse machte. Das Flugblatt kann doch da nichts ändern! Wir haben uns gefreut, daß die Mehrheit des Stadtrats sich sagte, wir begrüßen es, daß ein so großes Arbeiterfängerfest in den Mauern hiesiger Stadt abgehalten wird und wir wollen den Leuten auch entgegenkommen. Es wären doch wahrlich kleinliche Gesichtspunkte, wenn der Stadtrat nun wegen eines Flugblattes die Bezahlung der Fahnenstangen mit 3 Mk. pro Stück verlangen würde. Es handelt sich aber gar nicht um die paar hundert Mark, darum schreiben wir keine Bittelbriefe. Wir haben uns an die Stadt gewandt, weil wir wollten, daß die Definitivität und die Stadt Anteil nimmt an dem Feste. In Ludwigsbad hat letztes Jahr beim pfälzischen Arbeiterfängerfest ein Vertreter der Stadt die Sänger begrüßt, in Ehlingen der Bürgermeister Mühlberger; wir verweisen weiter auf das Verzeichnis der Städte Forstheim, Kürnberg bei ähnlichen Anlässen. Der Arbeiterbundesfängerfest hat sich an den Stadtrat gewandt, weil er die Probe aufs Exempel machen wollte, ob der Stadtrat so viel Gerechtigkeitsgefühl und Objektivität den Arbeitern gegenüber hat wie gegenüber den Verbänden, die aber in ihren Tendenzen ruhig abwägende Mensch sind, in ihren Tendenzen aus ihrem Entgegenkommen machen. Wenn Sie die Verhältnisse nun aufheben, dann wird das Fest doch abgehalten werden. Sie werden aber durch Ihr Verhalten der Arbeitererschaft eine agitatorische Waffe in die Hand geben, für die Ihnen die Arbeitererschaft nur dankbar sein wird. (Lebhafter Beifall bei der sozialdem. Fraktion.) Den Umfall des Stadtrats verurteilt der Oberbürgermeister zu rechtfertigen, indem er ausführte, der Stadtrat stelle sich auf

den objektiven Standpunkt, den er bisher eingenommen habe. Er verhalte sich Veranstaltungen gegenüber, die parteipolitische oder konfessionelle Tendenz haben, neutral. Herr Marum habe heute den parteipolitischen Charakter der Veranstaltung bejaht. (Das ist natürlich nicht wahr. Die Red.) Der Stadtrat habe die Wünsche des Festausschusses bewilligt, mit Ausnahme der unentgeltlichen Ueberlassung der Festhalle. Der Stadtrat habe sich gesagt, daß wenn ein solches Fest hier stattfindet, das zwar als ein Parteifester zeigen müsse, man doch den Leuten gewisse Aufmerksamkeiten zeigen habe. Er selbst habe Bedenken gegen die Neutralität nicht mehr gewahrt gewesen. Der Stadtrat habe aber parteipolitische Veranstaltungen handle. Er habe aber gegenüber der Festschrift ist von der Partei die Rede (!!) Auch würde in Liebern die Partei angefangen. Die Veranstaltung habe also parteipolitische Tendenz. Der Stadtrat habe aber über diese hiesigen Staatsbehörde mit dem Hinweis auf das Sängerfest überhandt wurde. (Alo ein Demunziantenstücklein, wie es im reaktionären Winkel Preußens nicht besser vollführt werden könnte. Die Red.) In dem Flugblatt ist die Tendenz des Arbeiterbundesfestes festzustellen. In einer Reihe von Zitaten. Daß er natürlich manden Stellen einen Sinn unterstreicht, die zusammenhängen, um so deren Sinn zu entstellen, braucht angeführt werden. Daß die gesamte bürgerliche Scheinbeiläufigkeit der Enttötung markierte, mag auch nur nebenbei erwähnt werden. Manche der vorgelesenen Stellen veranlassen unsere Genossen, mit einem kräftigen Seufzer deren Wahrheit zu unterstreichen. Wohl der übel mußte aber der Herr Oberbürgermeister auch jene Stellen des Flugblattes auf Zitaten eines bürgerlichen Sängers wiedergegeben ist und was es heißt: „Ein deutscher Sängerbund nicht Sozialdemokrat sein, andernfalls ist er kein deutscher Sängerbund.“ Darum deutsche Feiligtümer besudelt. Da säuweisen die Herrschaften, unterstreichen könne, der das befinde, was uns heilig ist. (Zuruf: Und die andere Seite?) Die andere Seite kämpft gegen die Zugeständnisse wurde mit allgemeinem Aha von unsern Genossen aufgenommen.) Weiterführe sei, daß man auch auf dem Gebiet der Kunst den Hüh hineinbringe. Da könne man nicht verlangen, daß man in der Residenz des Großherzogs Rahmen aufstelle, ganze Zeit segle unter falscher Flagge, es solle heißen: Sozialdemokratisches Sängerbund. Deshalb halte der Stadtrat an seinem Standpunkt der Neutralität fest.

Stadtrat Ged teilt mit, daß nachdem der Stadtrat in einer Reihe von Sitzungen Konfessionen gemacht habe und nun in seiner letzten Sitzung Konfessionen gemacht habe, insofern eines wenig lokalen Verhaltens des Oberbürgermeisters. Der Beschluß sei gefaßt worden, weil der Oberbürgermeister zu verstehen gegeben habe, daß das Flugblatt die Antwort auf die Beschüsse des Stadtrats sei. Der letzte Beschluß sei nicht gefaßt worden, wenn der Oberbürgermeister nicht die Meinung erwidert hätte, es sei ein neues Flugblatt. Der Stadtrat hätte keine Veranlassung gehabt, an seinen Beschlüssen etwas zu ändern, denn die parteipolitische Tendenz hatte er schon vorher angenommen. Er bitte die Sänger, nun von dem Stadtrat nichts mehr zu verlangen. (Die sozialdemokratischen Mitglieder stimmen diesen Vorschläge lebhaft zu.) — D. S. Siegrist fragt den Genossen Ged, ob es wahr sei, was er gesagt. Als Genosse Ged bejaht, ruft Herr Siegrist ihm zu: Das ist verlogen. Die sozialdemokratische Fraktion protestierte aufs energischste gegen diese Vereinerwägung des Gen. Ged.) Nachdem der Lärm sich gelegt hatte, fuhr der Oberbürgermeister fort, daß er im Stadtrat erklärt habe, es sei Zeit es stamme. Wenn er es aber früher gefaßt hätte, dann hätte er die Konfessionen nicht gemacht. — Gmstr. Dr. Paul behauptet, die Darstellung des Stadtrat Ged sei unrichtig. Der Oberbürgermeister habe nur gesagt, er wisse nicht, woher das Flugblatt stamme. — Stadtrat Gen. Korb weist darauf hin, daß der Irrtum des Gen. Ged dadurch entstanden sein könne, daß der D. S. wörtlich gesagt habe, das ist die Antwort auf unser Entgegenkommen. (Gmstr. Paul behauptet, daran schuld sei, daß die Arbeiter eigene Gesangs- und Turnvereine gründen müßten? Gibt es denn noch ein Land in der Welt, wo der Arbeiter so diskriminiert und schlecht behandelt gefesse? Und nachher? Wurde der Arbeiter nicht überall hinausgedrängt und boykottiert? Man hat sie ja gezwungen, sich zu trennen vom Bürgerum und sich zusammenzuschließen. Wenn man auf den Festen den Byzantinismus pflegt, dann haben sie recht, wenn sie sich trennen und nicht beizugehen. Die Stadt hat sich kleinlich gezeigt. Aber was schadet mittel verschaffen können. Wir haben Zeit zu warten, Sie sonst würden wir den Arbeitern raten, ihr Fest in einer andern durchgedrungen, daß der Arbeiterbundesfängerfest parteipolitische Tendenzen habe. Der Stadtrat sei bei der Prüfung der parteipolitischen Tendenz in seiner überwiegenden Mehrheit zu der Ansicht gekommen, daß es sich um eine Vereinigung mit solchen Tendenzen handle. Das gehe auch aus dem Festbuche hervor. Man habe den Stadtrat an der Nase herumzuführen wollen. Dem Flugblatt spreche ein so gefälschter Ton gegenüber allen Vereinen nicht mehr sprechen könne. — Stadtrat Trunk würde es als Hohn betrachten, wenn auf dieses Flugblatt hin die

Neu aufgenommen: Mit den neuesten Filtriermaschinen verarbeitet. Garantie für absolute Reinheit und glanzhell. Feines Tafelöl ca. 1/2 Literfl. 1.20 Literfl. 95 3/4 Literfl. 55 Extrafeines Tafelöl ca. 1/2 Literfl. 90 3/4 Literfl. 50 Preise verstehen sich mit Flasche. Leere Flaschen mit 10 Pfg. zurück. 6072

Salat-Oel Pfannkuch & Co. in Flaschenfüllung.

Die politische Frage zu diesem Feste aufgestellt würde. Da aber das Zentrum immer beim Geschäftlichen ist, wenn es eines zu machen...

Stadtb. Schwall weist auf ein früheres Vorkommnis hin, wo er und noch ein Kollege beim O.-B. Schmeißer gewesen seien...

Rebner stellt nochmals fest, um was es sich bei jenem Flugblatt gehandelt habe, das nur für sozialdemokratische Arbeiter bestimmt war...

Stadtrat Dieber, Stadtb. Dr. Knittel, Stadtb. Rudi machen ebenfalls längere Ausführungen. In einer objektiven und gerechten Stellungnahme kann sich kein einseitiger Aufschwüngen...

Jugendausschuß. In die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ergeht das Ersuchen, sich an der morgigen stattfindenden Tagestour...

Sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion. Nächsten Montag, 21. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, findet in der „Wacht am Rhein“ eine wichtige Fraktions-

Vergnügungen und Unterhaltungen. Arbeiterbildungsverein. Heute (Samstag) abends halb 8 Uhr veranstaltet der Verein einen Karneval-Abend...

Der Mandolinen-Klub Karlsruhe veranstaltet heute abends halb 9 Uhr in den Sälen der Gesellschaft „Eintracht“ zur Feier eines 10jährigen Bestehens ein Festkonzert.

Letzte Nachrichten.

Wozu man Geld hat. Stuttgart, 18. April. Die württembergische Zweite Kammer hat heute nach mehr als dreistündiger Debatte die Erhöhung der Zivilliste um 350 000 M. mit 67 gegen 14 sozialdemokratische Stimmen angenommen.

Zum Generalstreik in Belgien. Brüssel, 18. April. In Cheratte bei Lüttich, wo sämtliche Bergarbeiter streiken, kam es gestern nachmittags...

Haarheilkundiger. Gg. Schneider, Stuttgart, Gymnasialstr. 21 A. Jedes Vernünftige lasse sich den Belehrungsprospekt zur Behandlung der Haare...

am Eingang eines Bergwerks zu Ansammlungen. Eine Abteilung Kavallerie suchte die Streifenden zu zerstreuen. Sie machte sogar von der Waffe Gebrauch und gab eine Salve ab, verletzte aber niemand.

Ein Revolver schuß in der rumän. Kammer. Bukarest, 18. April. Bei der Eröffnung der heutigen Kammer Sitzung feuerte ein Individuum von der Galerie einen Revolver schuß ab und rief dabei: „Die magdonische Stimme muß gehört werden.“

Vereinsanzeiger. Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 20. April. A. Tages-tour (Baden, Geroldsbauer und Grimbach-Wasserfälle, Badener Höhe, Herrenwieser See, N.-Fr.-Gaus, Forbach, Ab-fahrt 5.36 Uhr. Fahrgehalt 1.65 M. Gehzeit 5 Std.

46. Landtagswahlkreis. Am Sonntag, 20. April, vormittags 10 Uhr, findet in Ettlingen bei Fehle (Brauerer Gensie) eine wichtige Sitzung des Komitees statt.

Eigerdweier. (Soz. Verein.) Die Mitglieder werden ersucht, zu der am Sonntag stattfindenden Generalversammlung, zu welcher mittags 2 Uhr in der „Binde“ beginnt, bestmöglich zu erscheinen.

Der heutigen Auflage von Durlach und umliegenden Ortschaften liegt ein Prospekt „95 Big-Page“ der Firma Paul Durhard, Durlach, Hauptstraße, bei, welchen wir besonderer Beachtung empfehlen.

Oberkirch Wirtschaftlich-Gründung. Der verehrlichen Einwohnerschaft von Oberkirch und Umgebung zur Kenntnis, daß ich mit Heutigem die Wirtschaft „Zum Badischen Hof“ eröffnet habe.

Sämtliche Neuheiten in Herren-Hüten. in geradezu „unerschöpflicher Auswahl“. Wir führen nur anerkannt beste Fabrikate; eine Gewähr für die Güte der Qualitäten!

Preiswürdigkeit! Die Größe unseres bedeutenden Spezialhauses und der damit bedingten Vorteile vorbürgt die äusserste Preiswürdigkeit! Wir haben Niederlagen der berühmtesten Weltmarken wie: Borsalino - Delion Paris - Lincoln Bennet - Howlison London - Klentz Wien - und viele mehr.

Deutschen Haarhut. Ein ganz besonderes Interesse widmen wir stets dem Deutschen Haarhut. Dieser hat den Weltruf als überlegene „beste Qualitätsware“ bei sehr mässigen Preisen.

Preislagen. Deutsche Haarhüte weich 7.-, 8.50, 9.- bis 11.50; steif 6.50, 7.-, 8.-, 9.- bis 14.-. Schwarze steife Hüte 3.-, 3.50, 4.-, 4.50, 5.-, 5.50. Weiche Hüte, schwarz und farbig 2.-, 2.50, 3.-, 3.50, 4.-, 4.50, 5.- und 5.50.

Hut-Mode-Haus Wilh. Zeumer. Karlsruhe, Kaiserstrasse 125/127. Unsere Fenster-Ausstellungen geben einzig in ihrer Art einen vollkommenen Mode-Ueberblick. Aus unserer Extra-Abteilung empfehlen engl. Herren-Sportmützen. Breite Form 85, 1.10, 1.25, 1.50, 1.80, 2.-, 2.50 und höher alle anderen Sorten Mützen und Südwesten in enormer Auswahl.

Metropol Theater. Schillerstrasse 22 Ecke Goethestr. Programm von Samstag, 19. bis inkl. Montag, 21. April. Nur 3 Tage!

Balao. Nach dem bekannten Roman von Gaston Leroux. Was ist Balao? Mensch oder Affe? Balao ist ein Rätsel und alle Augenblicke seines halb tierischen, halb menschlichen Lebens sind Rätsel.

Bettbarchente nur durchwegs erprobte Garantie-Fabrikate p. m. 1.10 bis 3.30. Bettfedern doppelt gereinigt, füllkräftiger Landruf per 6 2.-, 2.80, 3.20, 4.-. Anfertigung der Betten zum Selbstkostenpreis.

Arbeiter-Uhren Ankerwerk m. einjähr. Gar. Mk. 4.60, 4.80 u. 5.20 empfiehlt, so lange Vorrat reicht 6107 H. Meissburger, Uhrmacher Durlach, Hauptstr. 38. Grüne Radler Telefon 2823, Kaiserstr. 38. Gewissenhafte Bedienung. Garantie für Zuverlässigkeit.

5000 Stück Modewaren

sämtlich eingeteilt in Gruppen zu Einheitspreisen, daher jetzt ausserordentlich billig u. weit unter Preis.

Moderne Jabots

Gruppe I	II	III	IV	V
jetzt 10,-	25,-	35,-	45,-	65,-

Hochelegante Jabots

Gruppe I	II	III
jetzt 95,-	1.45	1.95

Blusen-Kragen

Gruppe I	II	III	IV	V	VI
jetzt 10,-	25,-	35,-	45,-	65,-	95,-

Bulgaren-Kragen

der beliebte Mode-Artikel
jetzt sehr preisw. 3.45 2.45 1.95 45,-

Jackett-Kragen und Garnituren

Gruppe I	II	III	IV	V
95,-	1.45	1.95	2.95	3.95

Kinder-Kragen und Garnituren

Gruppe I	II	III	IV	V
25,-	45,-	65,-	95,-	1.45

Damen-Cravatten und Schleifen

Gruppe I	II	III	IV
25,-	45,-	75,-	1.45

Echte Brüsseler Jabots u. Kragen

enorm billig
jetzt 1.45 95,- 65,- 35,- 18,-

5000 Meter Spitzen und Plains

Ausserst preiswert. Besonders für Schneiderinnen selten günstige Kaufgelegenheit.

Valencienne-, Clung-, Tüll-, Spachtel-, Alençon-Spitzen und Einsätze:

Gruppe I	II	III	IV	V
8,-	18,-	35,-	75,-	1.45

Schweizer Stickerei-Roben

Voile und Seidenbatist, moderne Hochstickerei
Gruppe I 11.50 Gruppe II 15.50 Gruppe III 19.50

Tüll-, Spachtel-, Valencienne- und kunstseidene Plains:

Gruppe I	II	III	IV	V
75,-	95,-	1.45	1.95	2.95

Schweizer Batist-Stickereien

für Roben, mit passend. Einsätzen
120 cm breit, Meter jetzt 3.75

5000 Meter Schweizer Stickereien

in hervorragender Ausführung, zum Teil prima Naturell-Stickerei.
Preise so billig wie in der Weissen Woche.

Stücklänge 4,1 und 4,5 m

Stickereien für Hemden	Stück	55	45,-
Stickereien für Wäsche	Stück	95	65,-
Stickereien in sauberster Ausführung	Stück	1.95	1.45

la. Madapolam-Stickereien

nur die besten Fabrikate der Schweiz, vollständiger Ersatz für Madaira-Stickerei
Stück 4,10 m
jetzt 4.25 3.60 2.75 1.95

Stickereien für Rock-Volants,
Stück von 2 1/4 Meter jetzt 95,-

Der Verkauf beginnt Samstag morgen 8 Uhr.

Die Preise sind sensationell billig und gelten nur soweit Vorrat.

Die 2 Spezial-Schaufenster in der Kaiserstrasse verdienen Beachtung!

Hugo Landauer

Mode- und Aussteuerhaus

Kaiserstrasse Karlsruhe Lammstrasse

Kartoffeln

empfehlen in nur bester Qualität

per Zentner

2.80

frei Keller.

Bucherer

Jähringerstr. 42/44.

Telefon 392.

Ein noch gut erhaltener Verb. Tisch u. Stuhlwagen, Oval-Tisch u. 3 Cleander-Bäume wegen Mangel an Platz zu verkaufen.
An erfr. Werberstr. 96. 4. Et. 1.

Gartenstadt Karlsruhe

e. G. m. b. H.

Wir haben unser Haus Im Grün Nr. 31

Ausstellungshaus

eingrichtet und halten es täglich (auch an Sonn- und Feiertagen von 1/2 3-7 Uhr nachmittags zum Besuch geöffnet.

Eintritt 10 Pfg.

Folgende Firmen stellen aus:

- Möbelmagazin Vereiniger Möbelschreinermeister (Möbel)
- Hammer & Helbing (Küche)
- Friedrich Maeyer, Karlsruhe und Josef Haas, Rüppurr (Badeeinrichtung und Lampen)
- G. Oncken und Gerber und Schawinsky (Bilder und Kunstgegenstände)
- Leipheimer & Mende (Vorhänge und Decken)
- A. Lagh (Uhr).

Der Vorstand.

Schneider

erkl. öff. Großstädter

Hans Leyendecker
Kaiserstrasse 177.

Arbeitsvergebung.

Zum „Schulhaus-Neubau Rüppurr“ sind die „Schlosserarbeiten“ zu vergeben.

Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstrasse 8, Zimmer 170, abgeholt, bezw. eingesehen werden.
Dasselbst sind auch die Angebote bis

Freitag, den 2. Mai 1913, vormittags 11 Uhr, mit entsprechender Aufschrift berechnen, einzureichen.

Karlsruhe, 19. April 1913.
Städt. Hochbauamt.

Kinderstuhlwagen

gut erhalten, halten, ist billig zu verkaufen.

G. Nimm, Dorotheastr. 14.

Ausgekämmte Haare

kaufen zu höchsten Preisen.

Rudolf Galtner, Schützenstr. 53

Goldener Adler

Karl-Friedrichstrasse 12.

Ausschank des Spezialbräu

„Carolator“

erstes Karlsruher Jubiläumsbräu

heute Samstag und am Sonntag mit Streich-

Konzert, ausgeführt von der

Elsässer Bauern-Kapelle.

Samstag von abends 8 Uhr ab.

Sonntag Frühschoppen-Konzert und abends von 6 Uhr an.

Empfehle meine bekannt gute Küche.

Spezialität: **Sockwürste.**

Hochachtungsvoll

Ernst Müller.

G. Paul

Uhrmacher: Karlsruhe i. B.

Mariensstr. 33

empfiehlt

Uhren

Optik

Goldwaren

in grösster Auswahl und billigsten Preisen.

Anerkannt 5339

beste Reparatur-Werkstätte.



Vom 19. bis 22. April.

Riesen-Programm mit 18 Schlagern!

Napoleons Feldzug in Rußland 1812

Drama in 2 Akten.

Geheime Schmach. Drama in

2 Akten
nebst weiteren 16 Nummern. 489

Städtisches Bierordtbad.

Große Schwimmhalle.

Für Damen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9 bis 11 Uhr und nachmittags 2-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme Samstags nachmittags. Ferner Freitags abends von 8 bis 1/2 8 Uhr zu ermäßigtem Preis.

Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 7 1/2 bis 9 Uhr und 11-12 Uhr, nachmittags 1/2 5-8 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr, sowie Samstags vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr und Sonntags 1/2 8-12 Uhr. „Auch über Mittag geöffnet“.

Bruteier

von nachverzeichnetem Massegefüllt werden abgegeben:
Hellfarb. Suiser, helle Pragma, rote Rhode, Preis per Stück 40 Pfg.;
dunkelgepunktete Plymouth-Rocks, gelbe Italiener, Chamois, Paduaner, gelbe Opinton, Preis per Stück 30 Pfg.;
schwarze Minorca, Gold-Gebrüht Baatam, Hamburger Goldsprenkel, Hamburger Silberlad, Preis per Stück 25 Pfg.;
kebhuhnfarb. Italiener, weiße Italiener, schwarze Baatam, Preis per Stück 20 Pfg.;
Peking, Rouen-bunte und weiße Bismarck und indische Lauf-Enten, Preis per Stück 25 Pfg.

Verband nur gegen Nachnahme. 5289

Für Verpackung bis zu 12 Stück werden 50 Pfg. berechnet.
Städt. Gartendirektion.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 16. April: Eugen Grab von hier, Vanbeamter hier, mit Juliette Kaufer von Gebweiler. Albert Spannagel von hier, Eisenbahnkretzer hier, mit Emilie Kauf von hier. Heinrich Schön von hier, Maschinenarbeiter hier, mit Emma Braun von hier. Paul Grün von Berlin, Telegraphen-Liistl von Gemen, prakt. Arzt in Marzell, mit Anna Seemann von Offenburg. Julius Godapp von hier, Bautechniker in Heidelberg, mit Mathilde Kläger von Weingarten. Julius Ballmer von hier, Eisenarbeiter hier, mit Maria Decker von Hüttlingen. Geschäftlichen vom 17. April: Ludwig Wäner von Köln, Kaufmann hier, mit Gertrud Billstätter von hier. Johann Eberhard von Heidelberg, Eisenarbeiter hier, mit Elisabeth Wang von Heidelberg. Heinrich Käser von Offenburg, Wiedner hier, mit Karoline Kauf von Grödingen.

Geburten vom 9.-15. April: Maria, v. Wilhelm Triffäcker, Gärtnere. Wie Marie Luise, v. Karl Schlog, Architekt. Elisabeth Johanna, v. Karl Strobel, Schriftfeger. Erwin Robert, Vater Leonhard Waier, Wirt. Hermann, Vater Georg Erhardt, Brauereitechniker; Thea Sofia, v. Franz Peter Freis, Schlosser; Erna Katharina, v. Franz Voimtmayer, Metzger; Heinrich Anton, v. Anton Ritter, Magazinarbeiter; Rosa, v. Johann Wagg, Buchdrucker.